



Pressemeldung 4. Februar 2015

Feministische Partei DIE FRAUEN: Deutscher Frauenrat übernimmt Argumente der Prostitutionsindustrie

Stellungnahme zum Offenen Brief des DF zur Neuregelung des Prostitutionsschutzgesetzes

In der vergangenen Woche schickte der Vorstand des Deutschen Frauenrates gemeinsam mit sechs weiteren Verbänden einen Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Familienministerin Manuela Schwesig. Die UnterzeichnerInnen lehnen „Kampagnen, die ein Sexkaufverbot nach schwedischem Modell befürworten“ ab. „Ein solches Prostitutionsverbot stünde im Widerspruch zu der vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich vorgenommenen Zuordnung der Prostitution zu Art. 12 GG und würde die Lage der aus freier Entscheidung tätigen Prostituierten massiv verschlechtern.“ Die Unterzeichnerinnen zeigen sich davon überzeugt, dass es eine scharfe Trennlinie zwischen Zwangsprostitution und „freiwilliger“ Prostitution gibt und wollen mit dem Prostitutionsschutzgesetz inklusive seiner geforderten Änderungen ausschließlich auf Verbesserungen für den „kleinen Teil der Sexarbeiterinnen“, der „Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit für sich reklamiert,“ fokussieren. Konkret halten sie die von der Regierungskoalition geplanten Maßnahmen zur verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen, die Anhebung des Mindestalters auf 21 Jahre sowie die Anmeldepflicht für kontraproduktiv.

Die Feministische Partei DIE FRAUEN als Mitgliedsverband des Deutschen Frauenrates zeigt sich betroffen und irritiert vom Tenor dieses Briefes. Die Bundessprecherinnen distanzieren sich von den diesbezüglichen DFR-Vorstands-Positionen. Sie gehen davon aus, dass auch in den anderen Mitgliedsverbänden der Diskurs der vergangenen eineinhalb Jahre nicht spurlos vorüber gegangen ist und schlagen vor, die Thematik in der kommenden Sitzung der Präsidentinnen erneut zu behandeln.

Aus der Begründung des Schreibens der Bundessprecherinnen Margot Müller und Sabine Scherbaum an den Deutschen Frauenrat:

„Uns ist bekannt, dass ein Beschluss zu Prostitution im Jahr 2013 gefasst wurde. Aus frauenpolitischer sowie aus feministischer Sicht konnten wir bereits damals diese Beschlussfassung nicht nachvollziehen. Doch seit 2013 hat sich die Informationslage bezüglich der Situation in der Prostitution, ihren Folgen sowie der fehlenden Trennschärfe zur Zwangsprostitution noch einmal deutlich verändert:

- ⇒ In mehreren weiteren Ländern wurden zwischenzeitlich die gesetzlichen Bestimmungen an das sogenannte Nordische Modell angepasst.
- ⇒ Es haben sich internationale Koalitionen für einen Ausstieg aus dem deutschen Liberalisierungsdiskurs gegründet.
- ⇒ Auf dem in München stattgefundenen internationalen Kongress zu StopSexkauf wurden überzeugende Argumente für einen Anschluss Deutschlands an das Nordische Modell zusammengetragen.

- ⇒ Aussteigerinnen und Überlebende von Prostitution haben sich zusammengeschlossen und kämpfen für die Anerkennung von Prostitution als Gewalt. ¹
- ⇒ Die European Women's Lobby und der Ausschuss für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit des EU Parlaments ² unterstützten den Honeyball Bericht im EU-Parlament.
- ⇒ Darauf basierend, wurde der Antrag auf Übernahme des sogenannten Nordischen Modells als Resolution für die Mitgliedstaaten Ende Februar 2014 mit klarer Mehrheit im Europäischen Parlament angenommen. Die Kernaussage dieser Resolution besagt: Prostitution ist mit der Gleichstellung der Geschlechter nicht vereinbar; sie verletzt die Menschenwürde, auch bei den sogenannten freiwilligen sexuellen Dienstleistungen. Die Zusammenhänge zwischen Prostitution und Menschenhandel sind eindeutig. Und vor allem: Nicht die Prostituierten, sondern die Freier sind zu bestrafen!

Diese Diskurse sehen wir im Deutschen Frauenrat nicht wiedergespiegelt. Im Gegenteil: Der Vorstand des Deutschen Frauenrats ignoriert nicht nur diese wichtigen Stimmen, sondern spricht in seiner Argumentation die gleiche Sprache wie die Vertreterinnen und Vertreter der Prostitutionsindustrie. Doch nicht nur dies verblüfft und erschreckt uns als Mitgliedsverband des Deutschen Frauenrates. Der vom Frauenrat geführte Diskurs vernachlässigt Prostitution als „eine hochgradig geschlechterspezifische Form der Unterdrückung“ ³ und die Tatsache, dass die Duldung und Unterstützung des Prostitutionsgewerbes einen Angriff auf die Würde aller Frauen darstellt. Der Deutsche Frauenrat handelt diesbezüglich mit seiner Positionierung dem eigenen satzungsgemäßen Bekenntnis zu den Gleichheits- und Gleichberechtigungsgeboten in Artikel 3 des Grundgesetzes zuwider.“ ⁴

Die Feministische Partei DIE FRAUEN betont, dass die Forderung nach einem Sexkauf-Verbot zwingend mit Maßnahmen zur Überwindung weiblicher Armut verbunden sein muss. Denn in dieser sehen wir die Hauptursache dafür, warum Frauen oft keine Alternative zur Prostitution sehen. Sozialabbau, Hartz IV, die Zunahme von nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen, sowie das Fortbestehen der Benachteiligung von Frauen im Berufsleben gehen Hand in Hand mit der Zunahme von Prostitution. Ihre Legalisierung und Verherrlichung in den Medien präsentiert Prostitution als scheinbar einfachen, sicheren und lukrativen Ausweg aus Armut und Not.

Wir gehen davon aus, dass wir uns diesbezüglich im mehrheitlichen Verständnis der Frauenrats-Mitgliedverbänden befinden.

Mit feministischen Grüßen

Sabine Scherbaum und Margot Müller

Bundessprecherinnen der Feministischen Partei DIE FRAUEN

¹ <http://spaceinternational.ie/>

² [FEMM: Committee on Women's Rights and Gender Equality](http://www.femm.eu/)

³

<http://www.kofra.de/hm/Presse/Rachel%20Moran%20vor%20dem%20nordischen%20Parlament%20zum%20Gesetzesvorschlag%20zur%20Freier%20bestrafung.pdf>

⁴ Satzung des Deutschen Frauenrat § 2.2 <http://www.frauenrat.de/deutsch/verband/satzung.html>